ESF-Jahrestagung 2007
In Menschen investieren – Regionen stärken – Neues entwickeln
Begrüßungsrede
Dagmar Ziegler, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Clark und sehr geehrter Herr Strohbach von der Europäischen Kommission, wir freuen uns, dass wir Sie wieder einmal nach Potsdam locken konnten. Ich begrüße ebenso unsere Wirtschafts- und Sozialpartner, die Vertreter aus den Kreisen und Städten und natürlich auch alle anderen Partner in unserem Land. Ich freue mich, dass heute die „ESF-Familie“ wieder zu ihrer Jahrestagung zusammengetreten ist. Die heutige Tagung ist der Abschluss eines mehrjährigen Diskussionsprozesses zum neuen Operationellen Programm und für Brandenburg der offizielle Auftakt für die neue EU-Förderperiode.

Nach der Diskussion der neuen arbeitspolitischen Strategie auf der ESF-Jahrestagung 2005 und der Diskussion des Entwurfs des Operationellen Programms auf der Jahrestagung 2006 steht heute das neue arbeitspolitische Programm Brandenburg auf der Tagesordnung.

Die Frage stellt sich nun, meine Damen und Herren: Wie wird die neue Förderperiode anlaufen? Was haben wir bisher geschafft und was wird vor uns liegen?

Im Juni dieses Jahres konnten wir als Brandenburger den Abschluss der Verhandlungen zum Operationellen Programm für den ESF in Brandenburg unterzeichnen. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass dieser feierlich Akt am Rande der großen 50-Jahr-Feier des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft stattfinden konnte. Und genauso haben wir uns gefreut, dass Potsdam als Austragungsort für diese Jubiläumsfeier ausgewählt wurde.

Am 4. Juli hat dann die Europäische Kommission das Operationelle Programm des Landes Brandenburg für den Einsatz des ESF genehmigt. Wir waren das erste Bundesland in Deutschland, das das ESF-Förderprogramm genehmigt bekommen hat, und immerhin das dritte in Europa nach Dänemark und Malta. Das zeigt: Wir gemeinsam, nämlich Sie und wir in der Regierung und die Kommission, haben gute Arbeit geleistet,

zumindest was den zeitlichen Rahmen angeht, aber ich bin davon überzeugt, auch was die Inhalte angeht.

Mit der Genehmigung des OPs war natürlich unsere Arbeit nicht beendet, sondern dann begann die Umsetzungsphase: Der Begleitausschuss zum Programm musste sich bilden und erste Dokumente verabschieden. Es musste das Verwaltungssystem für das Programms beschrieben, unabhängig geprüft und ebenfalls der Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden. Frau Clark und ich hatten vorhin eine Diskussion mit Jugendlichen vom Evangelischen Gymnasium in Potsdam, die gefragt haben: „Mein Gott, warum dauert das alles so lange?“ Aber rund 620 Millionen EUR aus dem ESF für Brandenburg, das ist natürlich eine Menge Geld. Diese Summe ist sicher die Mühe wert, sorgfältig die Umsetzung der Mittel vorzubereiten und zu begleiten.

Wir müssen innerhalb von vier Monaten nach der Genehmigung einen sogenannten Kommunikationsplan erarbeiten und vorlegen. Das bewegte vorhin auch in der Diskussion die jungen Brandenburger und Brandenburgerinnen: „Wie wird eigentlich Europa kommuniziert in unserem Land, was kommt bei den Menschen in Brandenburg an? Wie erfahren sie eigentlich, was in Brüssel gemacht wird und was für sie selbst herausspringt?“ Auch hier müssen wir noch gemeinsam lernen – ich werde noch einmal darauf zurückkommen, wie wir das angehen wollen.

Wenn alle Dokumente vorgelegt wurden und wenn die Kommission sie genehmigt hat, dann erst können die Brüsseler Gelder auch abgerufen, beziehungsweise beantragt werden. Wir sind seit dem 4. Dezember 2007 in der Lage zu sagen: alle Dokumente liegen in Brüssel. Jetzt hoffen wir, dass Brüssel auch zügig prüfen wird und eine rasche Genehmigung vollzogen werden kann. Zwischenzeitlich hat Brandenburg 12 Millionen EUR an ESF-Mitteln als Zuschuss, als Vorauszahlung bekommen.

Der Diskussionsprozess zur arbeitspolitischen Strategie des Landes Brandenburg und die Genehmigung des neuen OP war auch Anlass, dass wir unser Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ überarbeiten wollten. Wir haben gesagt, vieles von dem, was darin bisher enthalten ist, ist auch erhaltenswert. Aber die Welt hat sich seit 1991 gedreht, sie hat sich weiterentwickelt und wir sollten auch unser Programm den heutigen Lebensverhältnissen und Ansprüchen anpassen.

In den Jahren 1991 bis 2001 fanden der Aufbau und die Konsolidierung der arbeitsmarktpolitischen Strukturen in unserem Land statt. Diese Zeit war geprägt durch die Bedarfe des Transformationsprozesses und durch die Beschäftigungspolitik.

Es gab dann aber in den vergangenen fünf Jahren einen Wandel von der Arbeitsmarktpolitik hin zur Arbeitspolitik, nämlich von der Vermittlung in geförderte Beschäftigung zu Qualifizierung und Unterstützung für einen nachhaltigen Zugang und auch zu einem Verbleib in den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Und das sollte auch im Namen des neuen Programms deutlich werden.

Eine weitere Neuerung in der EU-Förderperiode 2007–2013 besteht darin, dass andere Ressorts der Landesregierung einen deutlich höheren Anteil an ESF-Mitteln erhalten haben, insbesondere im Bildungsbereich, im Wissenschaftsbereich, und im Forschungsbereich. Diese Ressorts sorgen jetzt eigenverantwortlich für die Umsetzung der ESF-Mittel, und wir haben sozusagen ein „wachsames Auge“ darauf, weil wir natürlich auch dann am Ende abrechnen müssen. Wir werden anderen Ressorts, die damit noch nicht so viel Übung haben, immer hilfreich zur Seite stehen. Wir haben jetzt schon gemerkt: es gibt ein paar Anlaufschwierigkeiten, aber ich gehe davon aus, dass wir im ersten Halbjahr 2008 voll in die „Powerphase“ gehen werden und auch alles das umsetzen, was sich die einzelnen Ressorts an sinnvollen, wirklich sehr, sehr guten Maßnahmen ausgedacht haben.

In der neuen Förderperiode erhalten auch die Regionen in Brandenburg mehr Verantwortung für Beschäftigung. Wie Sie alle wissen, haben wir den Regionalisierungsansatz über die Regionalbudgets ja erstmal probehalber umgesetzt. Nachdem wir feststellen konnten, das läuft sehr gut, haben wir uns dann entschieden, die Regionalbudgets ab Mitte 2007 in allen Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs einzuführen. Da es so gut angelaufen ist, werden wir im Jahr 2008 auch den Gesamtansatz noch einmal um Zwei Millionen erhöhen.

Die Förderung von transnationalen Maßnahmen war einer der wichtigsten Diskussionspunkte mit der Kommission über den OP-Entwurf unseres Landes. Transnationale Maßnahmen sind jetzt im OP stärker berücksichtigt als ursprünglich vorgesehen, sie sind mit einer eigenen Prioritätsachse vertreten. Die Richtlinie dazu wird vorbereitet. Darüber hinaus hat auch ein reger Austausch zu den geplanten Aktivitäten mit dem Bund und den anderen Bundesländern begonnen. Und - Frau Clark - ich kann Ihnen berichten: wir haben als Brandenburger jetzt sogar den Vorsitz der neu gegründete Arbeitsgemeinschaft „Transnationalität“ im bundesdeutschen Rahmen übernommen. Ich möchte also sagen, dass Sie uns Dank Ihrer tatkräftigen Unterstützung auf den richtigen Weg dorthin gebracht haben.

Eine gut funktionierende Abstimmung mit Aktivitäten aus dem Bundes-ESF ist auch im Bereich der Existenzgründungsförderung ein wichtiger Schwerpunkt der künftigen Arbeit. Sie wissen, wir haben als Land in der Vorgründungsphase unseren Anteil an der Förderung, der Bund wird die Nachgründungsphase mit ESF-Geldern unterstützen. Dazu bedarf es dann auch einer guten Diskussionsgrundlage und einer guten Kommunikation, damit keine Reibungsverluste entstehen.

Der soziale Zusammenhalt nimmt im neuen arbeitspolitischen Programm einen wichtigen Stellenwert ein, gerade auf der regionalen Ebene passiert hier sehr viel. Wir wollen die soziale Dimension aber nicht einschränken auf die soziale Eingliederung beziehungsweise die Integration in Beschäftigung. Es geht uns nicht nur um ein Mehr an Arbeitsplätzen, sondern auch um die Inhalte, nämlich um bessere Arbeitsplätze.

Wie Sie wissen, gibt es ab dem ersten Januar 2008 den Kommunalkombi als einen Förderansatz auf politischer Ebene, der in Richtung Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geht. Dort erfolgt eine Ko-Finanzierung auch aus Bundes-ESF-Geldern, der Bund plant 200 Millionen aus diesen europäischen Mitteln dazuzugeben, das ist ein wichtiger Ausgangspunkt. Der Bund will also 200 € pro Beschäftigtem aus Bundes-ESF hinzugeben zu den Fünfhundert Euro, die er pro Arbeitsplatz monatlich aus dem Eingliederungstitel gibt. Und für ältere Arbeitslose will er den Zuschuss noch einmal um einhundert Euro erhöhen. Ich hoffe, die Richtlinie kommt in den nächsten Tagen heraus, wir sind alle ganz gespannt. Vor allem die Bürgermeisterinnen und die Bürgermeister warten darauf, was nun in den Haushalten der Städte und Gemeinden verankert werden muss, um diesen Kommunalkombi auch wirksam werden zu lassen. Sie können mir glauben, wir sind da fast täglich hinterher. Aber Sie wissen, es hat auf Bundesebene den Ministerwechsel gegeben und ein neuer Minister hat natürlich immer auch den Anspruch, zu prüfen, was gerade neu auf den Weg gebracht werden soll. Das passiert gerade, aber ich gehe fest davon aus, bis Ende 2007 haben wir das in Sack und Tüten, so dass die Förderung dann Anfang 2008 anlaufen kann.

Ich verspreche mir von dem Kommunalkombi wirklich sehr, sehr viel in den Kommunen. Er darf auch von Kommunen in Anspruch genommen werden, die unter Haushaltssicherungskonzepten arbeiten müssen. Für diese Fälle erteilt das Innenministerium die Genehmigung. Und ich gehe davon aus, dass viele, viele Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die mehr sind als reine ABM, als z.B. reine Pflegemaßnahmen im grünen Bereich. Ich gehe davon aus, dass Beschäftigungsverhältnisse für Menschen entstehen, die qualifiziert sind, für die schlichtweg aber in den Regionen keine Arbeits-

plätze in den letzten Jahren vorhanden waren. Es könnten so z.B. Bibliotheken erhalten werden – es gab in den letzten Jahren viele Bibliotheksschließungen -, indem sie mit Personal, welches drei Jahre sozialversicherungspflichtig tätig sein kann, unterstützt werden. In den Regionen könnten so wirklich neue Arbeitsplätze entstehen. Der Landtag hat jedenfalls im Haushaltsausschuss und im Fachausschuss entschieden, pro Teilnehmer noch einmal 150 Euro dazu zu geben, die Kreise müssen die Kosten der Unterkunft hinzugeben. Sie sehen, da packt jeder das dazu, was er leisten kann. Das ist ein Programm, das, wenn es klug angelegt und gut umgesetzt wird, für viele Menschen eine längerfristige Beschäftigung sichern kann. Wir werden Gelder zur Verfügung stellen für 7.000 Menschen in unserem Land. Wir wissen, wir brauchen einen öffentlichen Beschäftigungssektor, solange die Konjunktur in Brandenburg nicht so greift, wie wir uns das alle wünschen. Unsere Wirtschaft in Brandenburg mit den kleinen Struktureinheiten von über siebzig Prozent Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten kann einfach nicht so von der derzeitigen Konjunktur profitieren, wie es andere Regionen in Deutschland können.

Bessere Arbeit bedeutet aber eben auch gute Arbeitsbedingungen - Arbeitsbedingungen, bei denen der Mensch im Fokus sein sollte. Die soziale Dimension wird in Zukunft auch noch deshalb an Bedeutung gewinnen, weil wir Menschen länger im Arbeitsprozess behalten werden und sich die Arbeitsprozesse den Bedürfnissen älterer Menschen daher besser anpassen müssen. An einem Fließband wird es vielleicht dann etwas langsamer zugehen müssen, das bringt das Altern in der Arbeitnehmerschaft natürlich auch mit sich – auf der anderen Seite werden wir dann aber von der Erfahrung und Kompetenz älterer Menschen sehr und länger profitieren können. Insofern werden wir auch da einen großen Wandel in der Arbeitswelt insgesamt in den nächsten Jahren vor uns haben.

Und als Sozialdemokratin sage ich Ihnen – es gehört zu einer besseren Arbeit, dass es einen Mindestlohn geben muss, einen gesetzlichen, einheitlichen Mindestlohn nach meiner Auffassung. Ich bin nicht dafür, dass man politisch eine bestimmte Größe festsetzt, wie das auch viele meiner Genossinnen und Genossen sagen. Man kann Löhne wie auch andere Tarife nicht von der Politik aus bestimmen, das ist eine in der Marktwirtschaft zu findende Größe, aber man kann ein Minimum festsetzen. Und wenn man sich die Erfahrungen in England ansieht, dann gibt es eine Minimalgröße, unter die keiner fallen darf. Darüber hinaus stehen ja den Tarifpartnern alle Möglichkeiten offen. Aber es kann mir keiner erzählen, dass man für zwei Euro fünfzig oder für drei Euro die Stunde leben kann. Und da man das nicht kann, müssen die Betroffenen Hilfe vom

Staat in Anspruch nehmen. Und deshalb ist es wichtig, mit Wissenschaftlern und mit den Unternehmen gemeinsam eine Minimalgröße festzulegen und danach aufzustocken, das heißt immer wieder diesen gesetzlichen Mindestlohn zu prüfen, ihn immer wieder auf wissenschaftlicher Basis und auf marktwirtschaftlicher Basis neu zu ermitteln und zu verabreden. Kein Bundestag sollte es sich antun, einfach zu sagen, das ist jetzt der Lohn, den alle mindestens bekommen müssen. Das provoziert eine gefährliche Diskussion und sie macht den Mindestlohn eher kaputt, als dass sie ihm hilft, wirklich umgesetzt zu werden. Wir sehen das gerade bei der Diskussion um den Postlohn, wie man den Mindestlohn in Misskredit bringt dadurch, dass er möglicherweise zu hoch angesetzt ist und die Wettbewerbsfähigkeit durch ihn möglicherweise angegriffen werden kann. Also da sollte noch einmal nachgedacht werden – wir haben so viele Wissenschaftler, die auf unsere Kosten ausgebildet werden und Lehrstühle haben, sie sollten uns da gute Vorschläge machen können.

Wir haben heute früh mit den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums über das Problem diskutiert, dass gerade unsere jungen Menschen oft nicht wissen, wofür die Europäische Union Gelder ausgibt und was eigentlich Strukturfonds sind. Auch ist den jungen Menschen unklar, warum Deutschland mehr einzahlt als es wiederbekommt und wer nach welchen Kriterien festlegt, in welchen Bereichen dieses Geld auszugeben ist.

Deshalb müssen wir die Zusammenhänge den Menschen noch deutlicher erklären. Die Frage ist nur, wie kann das gelingen? Während wir bei geförderten Baumaßnahmen immer große Schilder in die Landschaft stellen, wie etwa: „Gefördert aus Mitteln des Bundes und aus Mitteln des EFRE“, können wir nun den Menschen, die über den ESF gefördert werden, kein Schild um den Hals hängen mit der Aufschrift: „Ich bin gefördert aus ESF-Mitteln“! Wir müssen uns etwas anderes, etwas besseres ausdenken. Für mich heißt das, dass wir über die Ziele, die mit der EU-Förderung verfolgt werden, in verständlicher Sprache informieren müssen. Das habe ich heute auch mitgenommen aus der Diskussion mit den Jugendlichen: Sie kritisieren vehement, dass wir immer in irgendwelchen Abkürzungen sprechen und Begriffe benutzen, die kein Mensch versteht. Wir werden gemeinsam, wie wir hier sind, in den Regionen dafür arbeiten müssen, dass auch jeder wirklich weiß, worüber wir hier in unserer „ESF-Familie“, die wir alle Fachleute sind, sprechen.

Die ESF-Förderung sichtbarer zu machen, dafür ist das Ministerium, sind die Ministerien jetzt und künftig, verantwortlich - aber eben auch unsere Bewilligungsstellen, die LASA, unsere Beratungsstellen, die regionalen Büros für Fachkräftesicherung, aber

auch die Partner und Projektträger, also auch die ARGEn, die optierenden Kommunen, alle müssen dazu beitragen, dass man den ESF wirklich ordentlich erklärt und ihm die Aufmerksamkeit schenkt, die er verdient.

Aber es gehört auch dazu, dass die Verfahren transparent sind. Die ESF-geförderten Projektträger werden ab Mitte nächsten Jahres in einem „Verzeichnis der Begünstigten" veröffentlicht. Dann wird auch erkennbar, in welcher Höhe und wie sie die Förderungen erhalten. Diese Transparenz ist eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Partnern im Land. Sie unterstützt uns aber auch dabei, die arbeitspolitischen Ansätze weiter zu entwickeln.

Ich erhoffe mir in der Zukunft etwas mehr Aufmerksamkeit für den ESF in Brandenburg. Heute bin ich eigentlich zufrieden mit der Presseresonanz, sie war schon mal schlechter. Es hat mich in den letzten Jahren oft geärgert, dass wir für unsere gute Arbeit so wenig Resonanz hatten. Die nächsten Jahrestreffen wollen wir in das Frühjahr verlegen. Im Jahr 2009 werden wir uns dann im schönen Monat Mai, in der Europawoche wieder treffen. Da sind die Menschen nicht so dem Weihnachtsstress ausgesetzt, sondern freuen sich auf den Sommer, dann werden vielleicht die Resonanz und die Akzeptanz unserer Fachtagung auch größer werden.

Wir haben als MASGF Ihnen allen zu danken, die Sie gemeinsam mit uns für ein gutes Programm für unsere Menschen gearbeitet haben. Wir haben gemeinsam die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Umsetzung gut gelingen kann. Über die gesamte Förderperiode soll die Kommunikation mit unseren Partner ganz eng geführt werden. Wir haben im Begleitausschuss neben den Vertretern der Verwaltung auch die vertretenen Partner als stimmberechtigte Mitglieder etabliert, so dass auch da die Kommunikation und die Wertschätzung insgesamt größer werden.

Die Voraussetzungen werden auch durch die begleitenden Veranstaltungen – nicht nur die heutige, sondern auch durch Workshops, Seminare und ähnliches geschaffen, so dass wir immer wieder das Thema auch in der Welt behalten und uns gegenseitig informieren über die neuen Anforderungen.

Meine Bitte an Sie ist: Nehmen Sie den Dank von uns entgegen, nehmen Sie aber gleichzeitig auch die Aufforderung mit, sich mit anzustrengen, dass dieses OP in seiner Umsetzung ein voller Erfolg wird. Nehmen Sie die Vertreterinnen und Vertreter im Begleitausschuss auch wirklich in die Pflicht, indem Sie sich von ihnen die Informationen holen, beziehungsweise auch Ihre eigenen Wünsche und Anforderungen in den Be-

gleitausschuss mit hinein geben. Sie haben die Liste der Mitglieder des Begleitausschusses mit Ihrer Tagungsmappe erhalten. Auf der heutigen Tagung tragen ja alle ihr Namensschild und Sie wissen so ganz genau, wen Sie in den nächsten Jahren als Ansprechpartner wählen können. Ich hoffe, dass wir den Kommunikationsprozess sehr eng gestalten können.

Wir haben noch eine wirklich wichtige EU-Förderperiode vor uns. Wir müssen aus dieser Förderperiode für unsere Menschen im Land so viel wie möglich herausholen. Es ist etwas weniger Geld als in der vorhergehenden – wir haben insgesamt mit den Ko-Finanzierungsmitteln über 800 Millionen EUR zur Verfügung. Diese müssen wir so effektiv nutzen wie es irgend geht, denn was danach kommt, wissen wir heute noch nicht.

Wir wissen, was wir uns wünschen – wir wissen, dass die demografische Entwicklung uns Aufgaben auferlegt, die wir mit anderen Regionen in Europa gemeinsam tragen müssen, und dass sich daraus auch notwendigerweise neue Förderansätze entwickeln müssen.

Ich will da nur ein Beispiel herausgreifen: Die ärztliche Versorgung bei viel älteren Menschen in allen Regionen Europas wird zunehmend zu einem Problem werden. Wie wir das zukünftig gestalten, könnte ich mir vorstellen, ist auch in der europäischen Dimension ein Problem, was diskutiert und angegangen werden muss. So gibt es eine ganze Reihe von Feldern, die die demografische Entwicklung mit sich bringt, die wir in den nächsten Jahren schon während des Prozesses der Umsetzung dieses OPs mit bedenken müssen, um dann am Ende zu sagen: Liebe EU, ihr könnt jetzt einfach nicht die Herausforderungen, die vor uns stehen, negieren, sondern hier müssen wir einen neuen Ansatz finden, den wir gemeinsam in Europa verfolgen werden.

Ich wünsche Ihnen auf der Tagung viel Erfolg, wichtige Informationen für Ihre Arbeit und in den Arbeitsgruppen wünsche ich mir, dass Sie viele neue Anregungen erhalten.

Ich wünsche allen, die hier sind, eine schöne Vorweihnachtszeit – lassen Sie sich reich beschenken! Denken Sie auch an Menschen, denen es nicht so gut geht. Es gibt Aufrufe aller Art, wie sozial Schwachen, Kindern und Waisen mit Geld ein wenig die Sorgen und Nöte gelindert werden können: Nutzen Sie die Vorweihnachtszeit, dieses zu tun. Kommen Sie gesund ins neue Jahr und wir sehen uns demnächst wieder!

Vielen Dank!